

## Niederschrift über die 3. Sitzung des Umweltausschusses am 10.03.2021, 18:00 Uhr, Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

### Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
<b>Vorsitz</b>		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	
<b>stimmberechtigte Mitglieder</b>		
Herr Sami Bouhari	SPD	Vertreter für Herrn Kretschmer
Herr Jan Büscher	CDU	
Herr Dominik Engbers	FDP	
Frau Silke Hellenkamp	CDU	
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	
Herr Markus Köchling	CDU	
Herr Thomas Michels	CDU	
Frau Frieda-Marie Schmitz	SPD	
Herr Florian Schubert	Aktiv für Coesfeld	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Frau Barbara Sieverding	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Norbert Vogelpohl	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Vertreter für Herrn Prinz
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
<b>Verwaltung</b>		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Frau Julika Fritz	FB 70	
Herr Holger Ludorf	FB 60	Bis TOP 7
Frau Marie Bongers	FB 10	

Schriftführung: Frau Marie Bongers

Frau Sarah Albertz eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:40 Uhr.

Vor Erledigung der Tagesordnung verpflichtet die Ausschussvorsitzende Frau Albertz die folgenden sachkundigen Bürger

Frieda-Marie Schmitz und Norbert Vogelpohl

zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Dazu erheben sie sich von ihren Plätzen und bekunden ihr Einverständnis mit folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Vorstellung der Klimaschutzmanagerin  
Vorlage: 025/2021
- 3 Zwischenbericht des Klimaschutzmanagements  
Vorlage: 086/2021
- 4 Planungskonzept für (innerörtliche) Fahrradstraßen - Zwischenbericht  
Vorlage: 077/2021
- 5 Nachverdichtung in dem Bereich Waterfohr, Prüllageweg und Grüner Weg – Zwischenbericht Entwässerung  
Vorlage: 079/2021
- 5.1 Nachverdichtung in dem Bereich Waterfohr, Prüllageweg und Grüner Weg – Zwischenbericht Entwässerung  
Vorlage: 079/2021/1
- 6 Sichere Gestaltung der Querung über die Straße Zur Stegge in Höhe Breykamp/Nikolaus-Groß-Straße  
Vorlage: 178/2020
- 7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Anschaffung von Bewässerungssäcken  
Vorlage: 063/2021
- 8 Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Anlegung von mehrjährigen Blumenwiesen  
Vorlage: 070/2021
- 9 Vitalitätsentwicklung von Straßenbäumen am Elisabeth-Selbert-Weg  
Vorlage: 030/2021
- 10 Anfragen

### **Nicht öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

## Erledigung der Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Herr Dickmanns erläutert in Bezug auf die Anfrage, welche in der letzten Sitzung des Umweltausschusses zur Teilnahme an dem Förderprogramm des Bund (Anpassung von urbanen Räumen an den Klimawandel) gestellt wurde, dass die Verwaltung sich dieses Programm angesehen habe, diesem jedoch nicht folgen werde. Ein Grund hierfür sei die Tatsache, dass das Programm darauf abziele, dass eine Idee zügig eingereicht werden müsse (15.03.) und dass eine zügige Umsetzung erfolge. Auch wenn diesem Förderprogramm nicht nachgegangen würde, betont er, dass von der Verwaltung jedoch viele andere Förderprogramme verfolgt würden.

Frau Albertz erkundigt sich, ob eine Neuauflage des o.g. Förderprogramms geplant sei und ob eine Teilnahme im nächsten Jahr ggfs. denkbar sei.

Herr Dickmanns teilt mit, dass dies von Förderprogramm zu Förderprogramm verschieden sei.

Frau Albertz fragt, ob dieses Programm grundsätzlich verfolgbar sei.

Herr Dickmanns antwortet, dass dies grundsätzlich möglich sei, sich jedoch besonders der Punkt der Bürgerbeteiligung in den jetzigen Zeiten nur sehr schwer umsetzen lasse.

TOP 2	Vorstellung der Klimaschutzmanagerin Vorlage: 025/2021
-------	---

Frau Fritz stellt sich mit einer Präsentation den Mitgliedern des Umweltausschusses vor. Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Bouhari erkundigt sich nach dem übergeordneten Ziel von Frau Fritz und was sie generell erreichen wollen würde.

Frau Fritz teilt mit, dass ihr besonders zwei Punkte wichtig seien: Zum einen sei dies die Umsetzung von Projekten innerhalb der Verwaltung, zum anderen sei es die Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Herr Volmer erkundigt sich, ob Frau Fritz vor ihrer Tätigkeit bei der Stadt Coesfeld, bereits an anderen Projekten beteiligt war.

Frau Fritz antwortet, dass ihre jetzige Tätigkeit, die erste nach der Beendigung des Studiums sei.

TOP 3	Zwischenbericht des Klimaschutzmanagements Vorlage: 086/2021
-------	---

Frau Fritz gibt einen Zwischenbericht und verwendet hierzu eine Präsentation. Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Zudem sagt Frau Fritz zu, dass die Mitglieder des Umweltausschusses einen ausformulierten Bericht über das Protokoll bekommen.

Frau Hellenkamp erkundigt sich, wer das Energiekonzept für den Industriepark erstellen werde.

Frau Fritz antwortet, dass dies durch einen Energieberater erfolge. Sobald der fertige Bericht vorliege, könne dieser weitergeleitet werden.

Frau Sieverding fragt, wann eine entsprechende Evaluation stattfinden soll. Sie teilt mit, dass andere Städte dies in einem Turnus von 5 Jahren machen würden. Sie fragt zudem, ob es hier Vorgaben bezüglich des Tools oder des Zeitraums geben würde.

Frau Fritz erklärt, dass eine erste Bilanz im Zuge der Erstellung des Klimakonzeptes erstellt wurde. Es gebe zudem das Tool „Klimaschutzplaner“, welches kostenlos zur Verfügung stehe. Sie verdeutlicht, dass vorgeschlagen wird, alle fünf Jahre eine Evaluation durchzuführen. Frau Fritz betont jedoch auch, dass eine Bilanz immer nur zwei Jahre im Verzug möglich sei.

Herr Volmer merkt an, dass er gern deutlicher sehen würde, dass der Klimaschutz auch in die Bau- und Projektmaßnahmen der Stadt eingepflegt werde.

Herr Dr. Kleinschneider erkundigt sich, ob die Energielenker GmbH, welche das Klimaschutzkonzept erstellt habe, auch an der Umsetzung beteiligt sei. Außerdem fragt er, ob bei der Umsetzung auf das Know-How anderer Firmen, wie bspw. der Energieagentur NRW, zurückgegriffen werde.

Frau Fritz antwortet, dass die Firma Energielenker nicht direkt an der Umsetzung beteiligt sei. Sie erklärt weiterhin, dass die Energieagentur NRW immer als Ansprechpartner zur Verfügung stehe.

Herr Vogelpohl geht auf den Aspekt der Klimafolgenanpassung ein. Er merkt an, dass die Klimaschutzmanagerin besonders bei der Erstellung von Vergabekriterien für Gewerbegebiete beteiligt werden solle. Er fragt zudem, ob PV-Anlagen über die GFC projektiert werden können.

Herr Dickmanns teilt mit, dass die Stadt in Sachen PV-Anlagen mit den Stadtwerken und der GFC im Gespräch sei. Er erklärt, dass man hier erst ins Gespräch gehen müsse, bevor man sich entscheide. Was die Beteiligung von Frau Fritz angehe, so möchte er dies gern über die Projektliste beantworten. Hier sei auch aufgelistet, wo Frau Fritz miteinbezogen werden kön-

ne. Herr Dickmanns betont, dass es wichtig sei, dass Frau Fritz von Anfang an, an Projekten beteiligt werde; dies sei jedoch nicht möglich, wenn Projekte schon begonnen haben.

Herr Stadtbaurat Backes verdeutlicht, dass außerdem eine Pflicht bestünde, den Klimaschutz bei Projekten zu berücksichtigen. Es sei jedoch auch wichtig, dass eine Prioritätenliste erstellt werde, da nicht alle Aufgaben im Bereich Klimaschutz einzig und allein bei Frau Fritz lägen.

Frau Albertz erkundigt sich, ob der Verwaltung bereits bekannt sei, welche Fachbereiche mit welchen Stellenanteilen am Klimaschutz beteiligt seien.

Herr Backes erklärt, dass bei der Beantwortung dieser Frage die Prioritätenliste Abhilfe schaffen solle.

Frau Albertz fragt, wann diese Liste ca. zur Verfügung stehen werde.

Herr Dickmanns antwortet, dass dies vermutlich in der Sitzung im Juni der Fall sein werde.

Herr Michels betont, dass durchaus auch einmal herausgestellt werden müsse, wie gut Coesfeld im Vergleich zu anderen Kommunen dastehe.

Herr Vogelpohl antwortet hierauf, dass sich die Stadt Coesfeld nichtsdestotrotz nicht ausruhen dürfe und es auch entscheidend sei, auf welchem Bewertungskriterium die Aussage „Coesfeld sei gut aufgestellt“ beruhe. Außerdem stellt er die Frage in den Raum, was es beim Thema Klimaschutz bringen würde, wenn *eine* Kommune gut aufgestellt sei.

Frau Sieverding bittet darum, dass Frau Fritz einmal erläutert, was sie sich von der Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Umweltausschusses wünscht.

Dies wird Frau Fritz in der Sitzung im Juni beantworten.

TOP 4	Planungskonzept für (innerörtliche) Fahrradstraßen - Zwischenbericht Vorlage: 077/2021
-------	---

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Ludorf stellt sich den Ausschussmitgliedern vor und erläutert dann den Sachverhalt mit Hilfe einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Als mögliches Beispiel für die Umwandlung zu einer Fahrradstraße nennt er die Rekener Straße.

Herr Vogelpohl erkundigt sich, ob lediglich städtische Straßen beplant werden.

Herr Ludorf bejaht dies und erläutert, dass eine Umgestaltung hier zuerst stattfinden sollte da sie mit einem deutlich geringeren Aufwand durchgeführt werden könne.

Herr Dr. Kleinschneider fragt, wer für die Mehrkosten des roten Asphalt aufkäme. Er betont zudem, dass der Fahrradweg von Coesfeld nach Lette unbedingt saniert werden müsse.

Herr Ludorf betont, dass das Problem mit dem Fahrradweg nach Lette durchaus bekannt sei.

Herr Dickmanns erläutert, dass die Anlieger dann an den Kosten beteiligt werden wenn eine Straße aus dem Grund saniert werden müsse, dass sie alt oder abgenutzt sei, der Unterbau defekt sei oder ein Gehweg fehle. Die Umwandlung einer Straße zu einer Fahrradstraße habe laut Herrn Dickmanns nichts mit dem KAG (Kommunalabgabengesetz) zu tun. Er betont zudem, dass die entsprechenden Beitragssätze immer Einzelfallberechnungen seien.

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass die Planungen zu den Fahrradstraßen zum jetzigen Zeitpunkt vorgestellt würden, da mittlerweile ein gewisser Planungsstand erreicht sei und es zudem die Möglichkeit einer Förderung gebe. Er erläutert zudem, dass es immer eine Abwägung sei, ob zunächst kleine Projekte realisiert würden oder direkt sehr große und zeit- und kostenaufwändige Projekte in Angriff genommen würden. Herr Backes erklärt, dass die Verwaltung zunächst die kleineren Projekte in den Blick nehme. Er betont zudem, dass die präsentierten Planungen lediglich Ideen seien und diese noch nicht mit anderen Behörden, wie bspw. der Polizei, abgesprochen seien.

Herr Bouhari dankt für die tollen Planungen und betont, dass diese Projekte auch dann umgesetzt werden sollten, wenn es keine Fördergelder geben werde.

Herr Schulze-Spüntrup erkundigte sich nach der Radbahn von Coesfeld (Osterwicker Straße) bis Billerbeck (Lutum) und verwies auf den teilweise schlechten Oberflächenbelag.

Herr Dickmanns erläuterte, dass die Verwaltung für die Radbahn einen Förderantrag stellen konnte. Die Verwaltung rechnet mit einer Entscheidung im Mai/ Juni 2021. Im Weiteren wurde nach der Erhebung von KAG-Beiträgen gefragt. Herr Dickmanns erklärte, dass nach der gültigen Satzung KAG-Beiträge zu erheben seien. Der Rat habe allerdings die Möglichkeit in einer Sondersatzung eine besondere Regelung zu den KAG-Beiträgen zu treffen.

TOP 5	Nachverdichtung in dem Bereich Waterfohr, Prüllageweg und Grüner Weg – Zwischenbericht Entwässerung Vorlage: 079/2021
-------	--

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5.1	Nachverdichtung in dem Bereich Waterfohr, Prüllageweg und Grüner Weg – Zwischenbericht Entwässerung Vorlage: 079/2021/1
---------	--

Herr Vogelpohl fragt, ob es sich bei den Stichstraßen um Privatstraßen oder öffentliche Straßen handele.

Herr Backes erklärt, dass es sich um private Zufahrten handelt.

Frau Sieverding fragt, ob bei der Berechnung von zunehmenden Extremwetterereignissen ausgegangen wurde. Sie erklärt zudem, dass in der Vorlage die Rede davon sei, dass, sollte keine Versickerung möglich sein, die Begrünung von Dächern in den Blick genommen werden sollte. Sie fragt, warum dies nicht immer geschehen könnte. Zusätzlich fragt sie, warum

es nicht reglementiert werden könne, dass Garagen bei der Verdichtung nicht berücksichtigt würde.

Herr Stadtbaurat Backes erläutert zu der zuletzt gestellten Frage von Frau Sieverding, dass der Hinweis „nicht berücksichtigt“ sich auf den alten Bebauungsplan beziehe. Der regelt nur die mit dem Hauptbaukörper zu bebauende Fläche. Heute regle solche Punkte die BaunutzungsVO anders, damit sei dann auch der Umfang der über den Hauptbaukörper hinausgehenden versiegelten Flächen limitiert. Zu der zweiten Frage erläutert er, dass er dies nicht abschließend beurteilen könne. Es wird ein schrittweises Verfahren angewendet. Zunächst ist immer zu prüfen, ob das Niederschlagswasser vor Ort versickert und damit dem Grundwasser zugeführt werden kann. Sollte keine Versickerung möglich sein, muss geschaut werden, wie „aufgesattelt“ werden könne. Die Berechnungen für die Dimensionierung von Kanalnetzen und für den Überflutungsschutz müssen nach festliegenden Berechnungsmodellen erstellt werden. Diese Berechnungsmodelle werden immer wieder angepasst. Dabei werden Extremwetterlagen der zurückliegenden Jahre und eine gewisse Prognose dann berücksichtigt.

**Beschluss:**

Es wird beschlossen das Projekt „Nachverdichtung in dem Bereich Waterfohr, Prüllageweg und Grüner Weg“ weiterzuführen. Die Versickerungsfähigkeit im Plangebiet soll durch ein Baugrundgutachten geprüft werden. Das Entwässerungskonzept ist auf der Basis der Ergebnisse des Baugrundgutachtens fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 6	Sichere Gestaltung der Querung über die Straße Zur Stegge in Höhe Breykamp/Nikolaus-Groß-Straße Vorlage: 178/2020
-------	--

Herr Dr. Kleinschneider erläutert, dass im Bezirksausschuss mehrheitlich für die Variante 4 gestimmt wurde.

**Beschluss:**

Die Querung über die Straße Zur Stegge in Höhe Breykamp/Nikolaus-Groß-Straße wird entsprechend des als Anlage beigefügten Lageplans „Zur Stegge: Querung Breykamp - Sichere Gestaltung der Querung“, Variante 4 umgestaltet. Dafür ist der im Plan mit einem gelben X versehene Baum zu entfernen und durch eine Neuanpflanzung ca. 6 m weiter nordöstlich zu ersetzen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	9	4	1

TOP 7	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Anschaffung von Bewässerungssäcken Vorlage: 063/2021
-------	---

Frau Albertz erläutert den Antrag und die Vorlage.

Frau Sieverding fragt, wie eine Koordination der Bürgermobilisierung möglich sei. Sie erkundigt sich zudem, ob der Verwaltung das Stockholmer Bio Share Projekt bekannt sei. Bei diesem Projekt würde die Baumerde mit Kohle angereichert. Frau Sieverding fragt, ob dieses Vorgehen ggfs. bei der Pflanzung neuer Bäume berücksichtigt werden könne.

Herr Dickmanns erläutert, dass die Verwaltung bereits nicht mehr nur mit normalem Boden arbeite, sondern dieser mit Ton angereichert werde. Was das oben genannte Projekt angehe, so teilt Herr Dickmanns mit, werde er sich informieren.

Herr Volmer teilt mit, dass er die von der Verwaltung in der Sitzungsvorlage geschilderte Vorgehensweise gut nachvollziehen könne. Er fragt nach, wieso auf der Bruchstraße Bewässerungssäcke Verwendung gefunden haben.

Herr Dickmanns erläutert, dass sich die Bruchstraße als Kreisstraße nicht in der Straßenbaulast der Stadt befinde. Die Beweggründe der Kreisverwaltung seien nicht bekannt.

Im Laufe der Diskussion werden die Mitglieder der Verwaltung gefragt, ob man schon einmal die Verwendung von Kohle als Pflanzgranulat bei Baumpflanzungen in Erwägung gezogen habe.

Herr Dickmanns verneint diese Anfrage. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung seit einigen Jahren ein Pflanzsubstrat auf Tonbasis verwende.

Herr Michels merkt an, dass die Koordination der Bürgermobilisierung durch einen/mehrere Beiträge in der Allgemeinen Zeitung erfolgen könne. Anders, so Herr Michels, sei eine Koordination schwierig, da die Bürger:innen hier freiwillig tätig werden müssen.

Frau Albertz entgegnet daraufhin, dass ein Hinweis in der AZ sicherlich sinnvoll sei, dass man jedoch auch bedenken sollte, dass bis jetzt noch nichts für die Bäume seitens der Politik getan wurde. Sie richtet die Bitte an die Verwaltung, ein Konzept für die Anwohnermobilisierung zu erstellen und ggfs. auch Anreize zur Mitarbeit zu schaffen. Sie weist darauf hin, dass es zum Schutze der Bäume sicherlich noch einmal einen Antrag aus der Politik geben werde.

Herr Köchling gibt die Anmerkung, dass die Natur oft sehr gut mit Trockenheit klar käme. Sollte es zu einer Dürreperiode kommen, könnte noch immer ein Konzept von der Verwal-

tung erstellt werden. Herr Köchling ist der Ansicht, dass es nicht notwendig sei, nun einen generellen Lösungsansatz für ein in sich effektives System zu entwickeln.

TOP 8	Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Anlegung von mehrjährigen Blumenwiesen Vorlage: 070/2021
-------	--

Frau Sieverding erläutert den Antrag der Grünen. Sie teilt mit, dass auch große Wiesen mit mehrjährigen Blumen angelegt werden sollten. Sie erläutert zudem die Idee, hierfür einen entsprechenden Kataster anzulegen.

Herr Schubert sagt, dass dem Insektensterben unbedingt vorgebeugt werden müsse. Der Antrag der Grünen sei jedoch nicht notwendig, da die Verwaltung dahingehend bereits tätig würde.

Herr Bouhari unterstützt die Aussage von Herr Schubert und teilt mit, dass die SPD nicht zustimmen werde.

Herr Köchling erläutert, dass die CDU den Antrag unterstützen werde. Er teilt zudem mit, dass durch die Erstellung eines Katasters auch die Antragsflut abnehmen würde. Es sollten laut Herrn Köchling jedoch nicht nur mehrjährige, sondern auch einjährige Pflanzen verwendet werden.

Herr Volmer merkt an, dass es nicht für jede Fläche einen einzelnen Antrag aus der Politik geben müsse, sondern die Verwaltung, was die Realisierung von Blumenwiesen angehe, bereits auf einem sehr guten Weg sei. Er teilt mit, dass man hier eigentlich nicht zustimmen müsse. Da die Verwaltung bereits tätig geworden sei, möchte er damit jedoch seine Zustimmung zu diesem Vorgehen zeigen.

Herr Backes zeigt zu diesem Thema eine Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Bouhari merkt an, dass hier ein Beschluss überflüssig sei, da die Verwaltung bereits tätig geworden ist.

Frau Albertz erklärt, dass der Antrag als Rückenwind zu verstehen sei.

#### **Beschlussvorschlag Bündnis 90/Die Grünen:**

Die Verwaltung wird beauftragt Flächen zu finden, auf denen man zu einem späteren Zeitpunkt mehrjährige Blumenwiesen anlegen kann.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	10	2	2

TOP 9	Vitalitätsentwicklung von Straßenbäumen am Elisabeth-Selbert-Weg Vorlage: 030/2021
-------	---

Herr Volmer erkundigt sich, weshalb noch einmal ein separates Gutachten erstellt wurde, wenn die Mitarbeiter:innen vom Bauhof den Schaden der Bäume bereits erkannt hatten.

Herr Dickmanns erläutert, dass sich die Mitarbeiter:innen bei der Entscheidung 22 Bäume zu fällen, durch eine fachliche Einschätzung absichern wollten.

Herr Engbers fragt, ob die Bäume, die neu gepflanzt werden sollen, eine andere Sorte seien, als die Bäume, die nun gefällt werden müssen.

Herr Dickmanns bejaht dies. Zum aktuellen Zeitpunkt sei noch nicht geklärt, welche Bäume gepflanzt würden, da das Vorhaben erst zum kommenden Herbst geplant sei.

Frau Albertz stellt die Frage, ob der Umweltausschuss ein Mitspracherecht bei der Auswahl der Bäume habe und betont, dass eine Monokultur nicht gut sei.

Herr Dickmanns erklärt, dass bei der Pflanzung von neuen Bäumen immer auch die Anlieger miteinbezogen würden. Es würden meist 4-5 Baumarten (2. Wuchsordnung) vorgestellt und die Nachbarschaft würde sich dann auf die entsprechende Baumart einigen.

Herr Köchling sagt, dass die Mitarbeiter:innen der Verwaltung sich hierhingehend auskennen und, sollte feststehen welche Bäume gepflanzt werden sollen, eine Info an die Ausschussmitglieder erfolgen könne.

TOP 10	Anfragen
--------	----------

Herr Engbers erkundigt sich, ob die Möglichkeit bestünde, dass die Bürger:innen animiert würden, ihre Mülltonnen immer an eine Straßenseite zu stellen, sodass die Abfuhr für Remondis vereinfacht werde. Dieses Vorgehen würde bereits in Billerbeck praktiziert.

Herr Dickmanns antwortet, dass es tendenziell möglich sei. Er betont jedoch auch, dass sich nicht alle Straßen hierfür eignen. Die Stadt Coesfeld habe zudem keinen separaten Vertrag mit Remondis. Alle 11 Kommunen im Kreis Coesfeld haben für die Abfallbeseitigung eine gemeinsame Ausschreibung durchgeführt. Was das oben geschilderte Vorgehen angehe, so wird die Stadt Coesfeld zunächst die Erfahrungen in der Stadt Billerbeck abwarten.

Frau Albertz fragt, wie dieses Vorhaben und Vorgehen an die Bürger:innen in Billerbeck herangetragen wurde.

Herr Dickmanns gibt an, dass ihm dies nicht bekannt sei.

Frau Sieverding fragt an, ob die Stadt Coesfeld an der Earth Hour teilnehmen werde, welche am 27.03. stattfinden wird.

Herr Dickmanns antwortet, dass dies für dieses Jahr nicht vorgesehen sei.

Frau Fritz ergänzt, dass die Teilnahme im Klimakonzept für das Jahr 2023 vorgesehen sei. Sie ergänzt weiterhin, dass im Kreis Coesfeld bereits einige Kommunen teilnehmen würden. Besonders die erste Teilnahme sei jedoch eine große Herausforderung.

Frau Albertz erkundigt sich erneut nach der Liste von ehemaligen Spielplatzflächen, die nun ggfs. bebaut werden sollen und bittet um Zurverfügungstellung.

Herr Dickmanns sagt zu, diese Anfrage an Herrn Schmitz weiterzuleiten.

gez. Sarah Albertz  
Ausschussvorsitzende

gez. Marie Bongers  
Schriftführerin